

Deutschland erholt sich überraschend schnell von der Krise

Deutschland befindet sich in einem erstaunlichen Konjunkturaufschwung. In diesem Jahr dürfte die deutsche Volkswirtschaft mit einer realen Jahresrate von deutlich über 3 v.H. wachsen. Dank einer äußerst stabilen Binnenkonjunktur wird im nächsten Jahr ebenfalls mit robusten Wachstumsraten zu rechnen sein. Dass diese Einschätzung auf einem breiten Konsens basiert, geht aus unserer aktuellen Prognoseübersicht hervor.

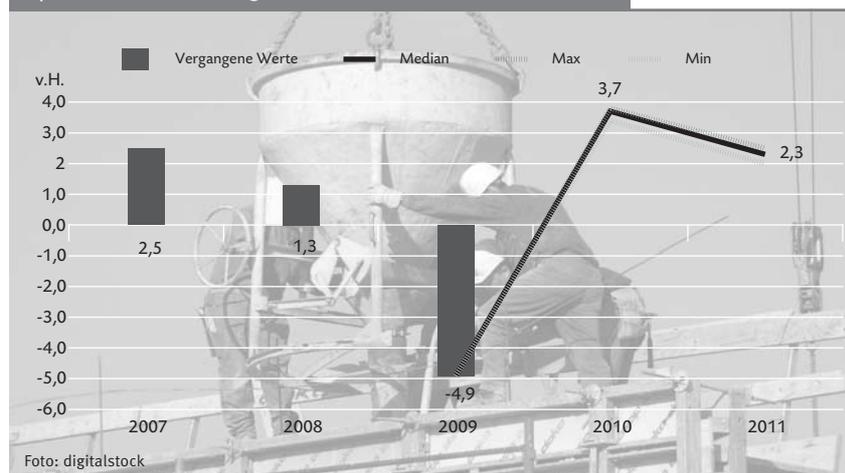
Die Prognosen der von uns betrachteten Gremien, Institute und Banken unterscheiden sich kaum. Dies zeigt ein Vergleich der in der Tabelle angegebenen Tiefst- und Höchstwerte. Die Schnelligkeit, mit der die deutsche Wirtschaft den durch die Wirtschafts-

Belebung etwas abgeflacht fortsetzen. Im Durchschnitt wird ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,3 v.H. prognostiziert.

Zunehmend wird die deutsche Konjunktur durch die Binnennachfrage gestützt. Der durch das Wiedererstar-

November vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht wurden. Im preis-, saison- und kalenderbereinigten Vorquartalsvergleich hatte die inländische Verwendung dabei einen größeren Anteil am Anstieg des BIP als der Außenbeitrag. Die privaten Konsumausgaben sind das dritte Quartal infolge mit einer Rate von 0,4 v.H. gestiegen und leisteten einen Wachstumsbeitrag von 0,3 Prozentpunkten. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden um 3,7 v.H. im Vergleich zum 2. Quartal gesteigert, während die Bauinvestitionen leicht um 0,4 v.H. sanken. Insgesamt ging von den Bruttoanlageinvestitionen ein Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten aus. Die Dynamik des Außenhandels hat im 3. Quartal nachgelassen: Die Exporte weiteten sich mit einer Quartalsveränderungsrate von 2,3 v.H. nach zuvor

Spektrum der BIP-Prognosen von Instituten und Banken



Quellen: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilungen der Commerzbank, DIHK, DEKA, Deutsche Bundesbank, Deutsche Bank, HVB/Unicredit, Allianz, Landesbank Berlin. Stand 18.11.2010

krise verursachten Einbruch bei der Produktion wieder gutmacht, ist überraschend. Innerhalb von einem halben Jahr stellen wir eine Revision der Medianprognose für die BIP-Wachstumsrate im Jahr 2010 von 1,9 Prozentpunkten fest. Im nächsten Jahr dürfte sich die

des deutschen Außenhandels ausgelöste wirtschaftliche Aufschwung strahlt nun auf den privaten Konsum sowie die Investitionstätigkeit aus. Dies geht deutlich aus den ausführlichen Ergebnissen zur Wirtschaftsleistung im 3. Quartal 2010 hervor, welche Ende

IN DIESER AUSGABE

Deutschland erholt sich überraschend schnell von der Krise	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU	3
Ergebnisse der Novemberumfrage 2010	4
IKT-Dienstleister sorgen für gute Stimmung im Wirtschaftszweig	5
Regionale Transfers der EU und die öffentliche Meinung	6
Preise für Europäische CO ₂ -Zertifikate und die Realwirtschaft	8
Wirtschaftsnobelpreis für Suchtheorie	10
Wirtschaftliche Kohäsion in der Europäischen Union	12

7,9 v.H. aus. Die Importe legten um 1,9 v.H. zu, so dass auf den Außenhandel ein Beitrag zum BIP-Anstieg von 0,3 Prozentpunkten entfiel.

Binnenkonjunktur legt weiter zu

Die Basis des konjunkturellen Aufschwungs in Deutschland gewinnt zusehends an Breite, nicht zuletzt wegen der überraschend robusten Verfassung des Arbeitsmarkts. Im 3. Quartal 2010 war der höchste Erwerbstätigenstand seit der Wiedervereinigung zu verzeichnen. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 v.H. Somit dauert der Beschäftigungsaufbau, der im Frühjahr dieses Jahres einsetzte, an. Auf eine Fortsetzung dieses Trends weisen Ergebnisse der aktuellen DIHK-Umfrage vom Herbst 2010 hin. Im Rahmen der Befragung gaben 19 v.H. der Unternehmen an, dass sie ihren Personalbestand in den nächsten Monaten ausweiten wollen. Unter den Zeitarbeitsfirmen waren es sogar 51 v.H. Lediglich 12 v.H. der Unternehmen gehen von einem Personalabbau aus. Diese positiven Beschäftigungsaussichten weisen auf eine weitere Stärkung des privaten Konsums hin. Die Investitionsabsichten der befragten Firmen, die von den günstigen Zinskonditionen profitieren, deuten ebenfalls auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland hin. So planen 29 v.H. der Betriebe eine Ausdehnung ihres Investitionsbudgets gegenüber 15 v.H., die mit einer Reduzierung rechnen. Als Investitionsmotiv hat die Kapazitätserweiterung an Bedeutung gewonnen. 27 v.H. der Unternehmen nannten dieses Motiv in der aktuellen Umfrage gegenüber 19 v.H. im Frühjahr 2010. Die Bedeutung der Ersatzinvestitionen ist dagegen auf ihren langfristigen Durchschnitt zurückgegangen. Die privaten Haushalte schätzen die Entwicklung der nächsten 12 Monate ebenfalls positiv ein, wie die Novemberbefragung der GfK zum Konsumklima zeigt. Die Konjunkturerwartungen stiegen auf den höchsten Wert seit drei Jahren. Konsumerwartung und Anschaffungsneigung legten im Vergleich zum Vormonat stark zu. Diese Ergebnisse weisen auf ein kontinuierliches Erstarben der Binnennachfrage hin, die für den weiteren Aufschwung der deutschen Wirtschaft ein wichtiger Impulsgeber sein wird.

Die Zukunft des zweiten Standbeins der konjunkturellen Belebung, des Außenhandels, ist mit sehr viel größerer Unsicherheit behaftet. Zum einen entwickelt sich die Wirtschaft in wichtigen Nachfragemärkten wie den Vereinigten Staaten, Japan und einigen EU-Ländern bei weitem nicht so positiv wie in Deutschland. Viele Länder sind von hoher Arbeitslosigkeit geplagt, was den privaten Konsum bremst. Ein Rückfall in die Rezession ist dort nicht undenkbar. Zum anderen stellen die derzeit diskutierten Wechselkursmanipulationen eine Bedrohung für die gute Entwicklung der deutschen Exporte dar. Die unsichere Lage auf den Weltmärkten spiegelt sich zudem in den Erwartungen der Marktteilnehmer wider. Zwar hat sich der Abwärtstrend der ZEW Konjunkturerwartungen, die sich seit dem Höhepunkt im April 2010 stetig verschlechtert hatten, am aktuellen Rand umgekehrt. Mit einem Wert von 1,8 Punkten liegt der Indikator im November aber immer noch weit unter seinem historischen Mittelwert von 26,9 Punkten. Die ifo-Geschäftserwartungen haben im letzten Monat ebenfalls zugelegt, liegen aber schon seit 5 Monaten unter der Beurteilung der Geschäftslage. Für das nächste Jahr ist daher ein abgeschwächtes, jedoch weiterhin positives Wachstum der deutschen Wirtschaft zu erwarten.

Risikofaktoren

Die Zukunft des zweiten Standbeins der konjunkturellen Belebung, des Außenhandels, ist mit sehr viel größerer Unsicherheit behaftet. Zum einen entwickelt sich die Wirtschaft in wichtigen Nachfragemärkten wie den Vereinigten Staaten, Japan und einigen EU-Ländern bei weitem nicht so positiv wie in Deutschland. Viele Länder sind von hoher Arbeitslosigkeit geplagt, was den privaten Konsum bremst. Ein Rückfall in die Rezession ist dort nicht undenkbar. Zum anderen stellen die derzeit diskutierten Wechselkursmanipulationen eine Bedrohung für die gute Entwicklung der deutschen Exporte dar. Die unsichere Lage auf den Weltmärkten spiegelt sich zudem in den Erwartungen der Marktteilnehmer wider. Zwar hat sich der Abwärtstrend der ZEW Konjunkturerwartungen, die sich seit dem Höhepunkt im April 2010 stetig verschlechtert hatten, am aktuellen Rand umgekehrt. Mit einem Wert von 1,8 Punkten liegt der Indikator im November aber immer noch weit unter seinem historischen Mittelwert von 26,9 Punkten. Die ifo-Geschäftserwartungen haben im letzten Monat ebenfalls zugelegt, liegen aber schon seit 5 Monaten unter der Beurteilung der Geschäftslage. Für das nächste Jahr ist daher ein abgeschwächtes, jedoch weiterhin positives Wachstum der deutschen Wirtschaft zu erwarten.

*Claudia Busl, busl@zew.de
Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de*

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2009, 2010 und 2011

	Statist.	GD			Sachverständigenrat		Allianz		Landesbank Berlin		DIHK		OECD	
	BA	2009	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011
BIP, real	-4,7	3,5	2,0	3,7	2,2	3,7	2,4	3,8	2,1	3,4	2,4	3,5	2,5	
Privater Konsum	-0,2	0,1	1,4	0,1	1,6	0,2	1,4	0,3	1,1	0,2	2,4	-0,1	1,3	
Konsumausgaben des Staates	2,9	2,8	1,2	3,0	1,0	2,9	0,6	2,5	0,2	3,0	1,0	2,6	0,7	
Bruttoanlageinvestitionen	-10,1	5,7	3,3	6,2	3,7	-	-	-	-	5,8	5,0	4,9	2,7	
Exporte	-14,3	15,3	7,1	15,5	6,7	14,7	8,6	14,7	6,5	15,2	8,5	15,2	9,0	
Importe	-9,4	14,0	7,4	13,3	6,8	13,4	6,3	13,7	7,7	14,0	9,5	13,6	7,4	
Erwerbstätige (in Tsd.)	40.271	40.365	40.595	40.467	40.762	-	-	-	-	-	-	-	-	
Veränderung	-0,0	-	-	0,5	0,7	0,5	0,6	-	-	-	-	0,2	0,4	
Arbeitslose (in Tsd.)	3.423	3.234	2.934	3.245	2.968	-	-	-	-	3.200	2.900	-	-	
Arbeitslosenquote	8,2* 7,4**	7,7* -	7,0* -	7,7* 6,8**	7,0* 6,3**	7,7* 6,9**	7,1* 6,4**	7,7* -	7,0* -	-	-	-	6,9** 6,3**	
Preisindex der Lebenshaltung	0,4 -	1,1 -	1,6 -	1,1 -	1,4 -	1,1 -	1,5 -	1,1 -	1,4 -	-	-	1,0 -	1,2 -	
Finanzierungssaldo des Staates in v.H. des BIP	-3,0	-3,8	-2,7	-3,7	-2,4	-	-	-3,8	-3,5	-	-	-4,0	-2,9	

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. *Arbeitslosenquote gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. **Arbeitslosenquote gemäß ILO-Definition. Quellen: GD 14.10.2010, Sachverständigenrat 3.11.2010, Allianz 12.11.2010, Landesbank Berlin 19.11.2010, DIHK 20.10.2010; OECD 18.11.2010

Die voraussichtliche Lage in der EWU

Gemäß der jüngsten Schnellschätzung von Eurostat ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorquartal sowohl im Euroraum als auch in der EU27 um 0,4 v.H. gestiegen. Im zweiten Quartal lag die Zuwachsrate jeweils noch bei 1,0 v.H., wobei die konjunkturelle Dynamik hauptsächlich durch eine rege globale Nachfrage stimuliert wurde.

Hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung im Euroraum über die nächsten Monate herrscht eine gewisse Unsicherheit unter Konjunkturobersten. Einige Konjunkturindikatoren deuten einen negativen konjunkturellen Trend an. So weist zum Beispiel die Erwartungskomponente des ifo Wirtschaftsklimaindikatoren einen leichten Rückgang für das vierte Quartal 2010 auf. Zudem erwarten gemäß der entsprechenden Umfrage der Europäischen Kommission die Konsumenten im Euroraum eine Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in den nächsten Monaten.

Im Gegensatz dazu zeigen andere Konjunkturindikatoren in die entgegengesetzte Richtung. Die positiven Erwartungen über die zukünftige konjunkt-

relle Lage im Euroraum drücken sich zum Beispiel in der deutlich gestiegenen Erwartungskomponente des ZEW-Konjunkturindikators aus. Ebenfalls ein positives Bild zeichnen die gestiegenen Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes oder der Stimmungsindikator der Europäischen Kommission.

An der unklaren Erwartungshaltung lässt sich die Fragilität der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung ablesen. Diese hängt entscheidend davon ab, ob der Außenhandel weiterhin eine wesentliche Stütze der Konjunktur für den europäischen Wirtschaftsraum sein kann. Die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte, die erhebliche Dissonanzen zwischen China, den Vereinigten Staaten sowie Europa und dabei insbesondere Deutschland zur Folge haben, machen eine Prognose schwierig. Die Wirkung der zusätzlichen Liquidität, die von der amerikanischen Regierung in den Markt gepumpt wird, um die Binnennachfrage zu stärken, ist momentan noch unklar. Sollte die Hoffnung auf eine schnelle Erholung nach der Wirtschaftskrise enttäuscht werden, könnte dies einen weiteren Vertrauensverlust in die amerika-

nische Geld- und Wirtschaftspolitik nach sich ziehen. Die Folgen betreffen dabei nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern sind durch die enge Finanzmarktverflechtung in einen globalen Kontext einzuordnen. Eng damit verbunden ist die Entwicklung am Arbeitsmarkt in Europa. Ein stabiler, wenngleich schwacher Aufschwung in den Vereinigten Staaten und eine weiterhin starke Nachfrage aus dem asiatischen Raum werden vermutlich die negativen Folgen der Sparpolitik der europäischen Länder soweit ausgleichen, dass von keinem Anstieg der Arbeitslosigkeit ausgegangen werden muss. Dieses Szenario hält die OECD für wahrscheinlich, die von 2010 auf 2011 keinen Zuwachs der Arbeitslosigkeit für den Euroraum erwartet. Dämpft allerdings ein Rückgang der globalen Nachfrage die Konjunktur in Europa erheblich, so sind den Ländern aufgrund der notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und des dadurch verursachten engen finanziellen Handlungsspielraums die Hände gebunden. Das Bruttoinlandsprodukt würde dann 2011 wohl nur moderat zunehmen.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

	EWU		Italien		Spanien		Belgien		Österreich		Irland	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011
BIP, real	1,6	1,6	1,0	1,1	-0,2	0,9	1,3	2,0	2,0	1,9	-0,3	2,3
Privater Verbrauch	0,7	0,8	0,4	0,7	1,6	1,0	0,9	1,3	1,1	0,8	-0,5	1,0
Investitionen	-0,6	2,8	1,1	0,8	-7,2	-1,8	-2,0	1,6	-2,5	2,4	-25,5	-3,3
Exporte	10,4	8,0	7,4	4,6	10,0	8,0	7,8	6,4	12,0	7,3	7,5	5,5
Importe	10,3	6,5	5,8	2,5	6,9	3,8	7,3	6,2	8,6	6,0	3,5	3,8
Verbraucherpreise	1,6	1,8	1,5	1,9	1,8	1,7	2,0	2,1	1,8	2,1	-1,5	0,5
Arbeitslosenquote	10,1	10,0	8,4	8,3	20,1	20,2	8,6	8,8	4,4	4,2	13,7	13,5
Beschäftigung	-0,7	0,3	-1,4	0,4	-2,3	-0,3	0,4	0,3	0,7	0,7	-4,0	-0,8

	Niederlande		Frankreich		Finnland		Portugal		Griechenland		GB (nachrichtlich)	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011
BIP, real	1,75	1,5	1,7	1,6	2,6	3,0	1,7	-1,1	-4,0	-2,9	1,6	1,6
Privater Verbrauch	0,5	0,8	1,4	0,8	2,3	2,5	1,9	-1,0	-3,4	-3,7	0,8	0,0
Investitionen	-5,5	2,75	-2,0	1,0	0,6	7,9	-4,8	-7,5	-16,3	-7,9	2,8	2,7
Exporte	12,8	7,5	9,9	7,5	5,7	8,3	8,5	5,5	-0,5	5,6	5,2	9,4
Importe	11,3	6	8,6	8,0	3,7	9,0	5,1	-2,3	-9,7	-5,1	8,4	4,4
Verbraucherpreise	1,25	1,5	1,1	0,8	1,6	1,9	1,3	2,0	4,6	2,1	3,1	2,8
Arbeitslosenquote	4,5	4,4	9,6	9,5	8,3	7,8	10,5	11,1	12,5	15,0	7,8	7,9
Beschäftigung	-1,1	0,2	0,0	0,5	-0,1	0,9	-0,9	-0,7	-2,8	-2,6	-0,1	0,4

Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: Europäische Kommission, Brüssel. EWU: EFN, Mailand. Österreich: Wifo, Wien. Spanien: BBVA, Bilbao. Belgien: IRES, Louvain-la-Neuve. Niederlande: CPB, Den Haag. Finnland: Bank of Finland, Helsinki. Frankreich: OFCE, Paris. Irland: ESRI, Dublin. Italien: Unicredit, Mailand. Portugal: BPI, Porto. Griechenland: NBG, Athen. GB: NIESR, London.

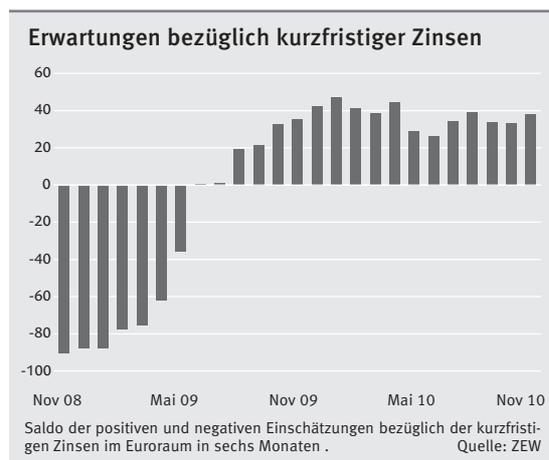
Stand: 30.11.2010

ZEW-FINANZMARKTTTEST

Ergebnisse der Novemberumfrage 2010

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger interna-

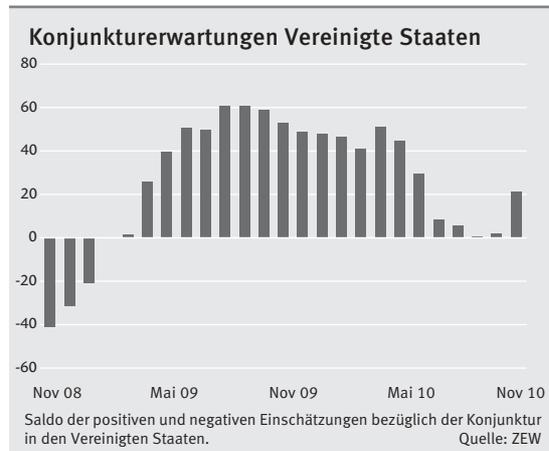
tionaler Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 1.11. – 15.11.10 wurden im aktuellen ZEW Finanzmarkt-report (Redaktionsschluss 19.11.2010) veröffentlicht.



EZB: Zinserhöhungen werden wahrscheinlicher

Nach wie vor geht eine Mehrheit von 60,4 v.H. der vom ZEW Befragten von einem unveränderten Niveau der kurzfristigen Zinsen in der Eurozone im nächsten halben Jahr aus. Der Anteil derer, die mit steigenden kurzfristigen Zinsen rechnet, ist allerdings in diesem Monat auf 38,9 v.H. der Befragten gestiegen. Dieser Zuwachs zeigt, dass Zinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank (EZB) aus Sicht der ZEW-Finanzmarktexperten wieder wahrscheinlicher geworden sind. Grund dafür dürfte sein, dass der EZB ein entschlossenes Vorgehen gegen die Inflation zugetraut wird, und dass die Inflationserwartungen der Finanzmarktexperten für die Eurozone ebenfalls in diesem Monat um 6,8 Punkte auf 33,3 Punkte gestiegen sind. Bislang ist die Inflationsrate in der Eurozone mit 1,9 v.H. noch nicht besorgniserregend.

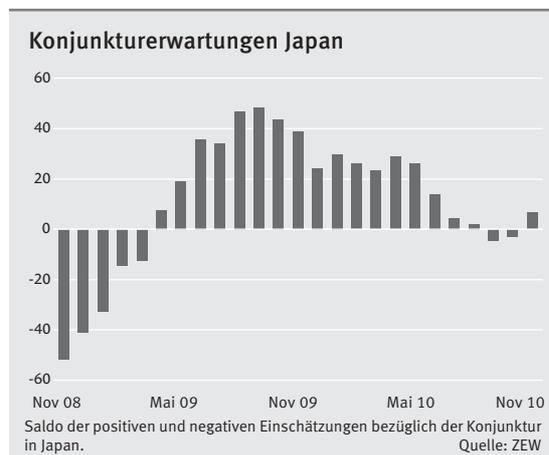
Christian D. Dick



USA: Finanzmarktexperten gewinnen an Zuversicht

Es scheint, als ob die aktuelle Wachstumsverlangsamung in den Vereinigten Staaten eher eine Konjunkturdelle als einen neuerlichen Konjunkturerinbruch darstellt. Hierauf deuten die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten auf Sicht von sechs Monaten hin. Der entsprechende Saldo legt im November kräftig um 19,2 Punkte auf 21,3 Punkte zu. Die Zuversicht der Umfrageteilnehmer dürfte sich zum einen daraus nähren, dass die US-Notenbank mit einer neuerlichen Ausweitung ihrer Maßnahmen der prekären Situation am Arbeitsmarkt und den deflationären Risiken Einhalt gebieten will. Zum anderen dürfte sich der gestiegene Optimismus der Konjunkturerperten darauf stützen, dass sich zuletzt eine positive Entwicklung am US-amerikanischen Arbeitsmarkt angedeutet hat.

Frieder Mokinski



Japan: Konjunkturrückschläge wenig wahrscheinlich

Im November hat das Vertrauen in eine stabile Entwicklung der japanischen Wirtschaft zugenommen. Der Saldo positiver und negativer konjunktureller Erwartungen auf Sicht eines halben Jahres legt im Vormonatsvergleich um 9,5 Punkte zu und steht nun bei 5,4 Punkten. In Anbetracht der immer noch schlechten Einschätzung der aktuellen Lage der japanischen Konjunktur, deutet der Anstieg der Erwartungen nicht darauf hin, dass die japanische Wirtschaft in naher Zukunft mit großer Dynamik wachsen wird. Vielmehr dürfte der Erwartungsanstieg damit zusammenhängen, dass die Aussichten für die globale Konjunktur insgesamt besser beurteilt werden und damit das Risiko einer Rezession für Japan kleiner geworden ist. Unabhängig vom erstarkenden internationalen Umfeld setzt der starke Yen der japanischen Wirtschaft weiter zu.

Frieder Mokinski

DIENSTLEISTER DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

IKT-Dienstleister sorgen für gute Stimmung im Wirtschaftszweig

Im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft hat sich die wirtschaftliche Lage im dritten Quartal 2010 gegenüber dem zweiten Quartal 2010 nochmals leicht verbessert. Der ZEW-IDI, Stimmungsindikator für den gesamten Wirtschaftszweig, nahm um 1,6 Punkte zu und liegt damit bei einem Wert von 62,4 Punkten. Verantwortlich für diese Entwicklung ist die deutlich verbesserte Stimmung bei den IKT-Dienstleistern, die vor allem auf die optimistische Beurteilung der aktuellen Geschäftslage durch die Unternehmen dieser Teilbranche zurückzuführen ist.

Der Stimmungsindikator für die Teilbranche IKT-Dienstleister, die Softwareunternehmen, IT-Dienste, IKT-Händler und Telekommunikationsdienstleister umfasst, stieg im dritten Quartal um vier Punkte. Damit erreichte der Indikator einen Wert von 62,9 Punkten. Verantwortlich für den Anstieg war die deutlich bessere Beurteilung der aktuellen Geschäftslage durch die IKT-Dienstleister. Der Teilindikator, der die Einschätzung der aktuellen Lage wiedergibt, stieg um acht Punkte und liegt nun bei einem Wert von 62,5 Punkten. Die konjunkturelle Situation der wissensintensiven Dienstleister hingegen hat sich im dritten Quartal 2010 leicht verschlechtert.

Der Stimmungsindikator für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberatungen, Architekten, technische Berater und Planer, Unternehmen der Branche Forschung und Entwicklung und Werbefirmen sank um 1,5 Punkte auf einen Wert von 61,8 Punkten. Trotz des leichten Rückgangs deutet der Indikatorwert von über 50 Punkten auf eine Verbesserung der Stimmung gegenüber dem Vorquartal hin.

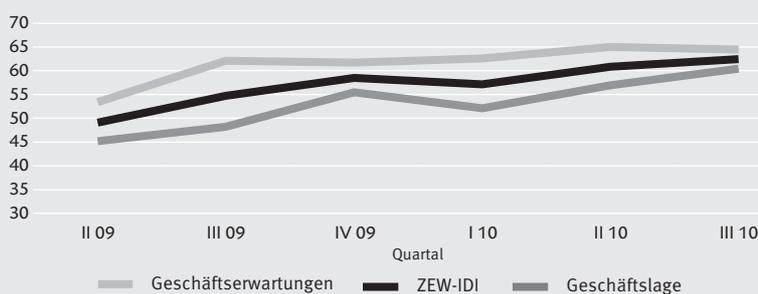
Branchenbetrachtung

In der Branche Software und IT-Dienste war die wirtschaftliche Lage im dritten Quartal 2010 deutlich besser als im

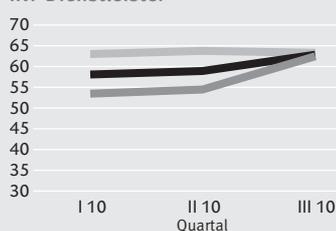
zweiten Quartal. Der Anteil der Unternehmen, die von steigenden Umsätzen und einer zunehmenden Nachfrage berichten, ist deutlich gestiegen. Die Erwartungen für das vierte Quartal 2010 sind ebenfalls optimistisch. Mehr als die Hälfte der Unternehmen plant, Personal einzustellen. Die Mehrheit der IKT-Händler meldete im dritten Quartal 2010 höhere Umsätze und beurteilte die Nachfragesituation als weitgehend stabil. Im dritten Quartal 2010 haben sich bei der Mehrheit der Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater Umsatz, Ertrag und Nachfrage im Vergleich zum zweiten Quartal nicht verändert. Mehr als die Hälfte der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer erwartete ein Umsatzplus im vierten Quartal 2010. Bei den technischen Beratern und Planern hat sich im dritten Quartal 2010 vor allem die Ertrags- und Nachfragesituation verbessert. Diese positive Entwicklung zeigt sich zudem im Personalbereich, sowie in den Umsatz- und Nachfrageerwartungen für das vierte Quartal 2010. Die Stimmung bei den Unternehmen der Branche Forschung und Entwicklung hat sich im dritten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorquartal verbessert. Die Mehrheit der Unternehmen meldete steigende Umsätze und Erträge sowie einen Anstieg der Nachfrage. Die positive Entwicklung wirkt sich ebenso auf die Beschäftigung in der Branche Forschung und Entwicklung aus. In der Werbebranche war die konjunkturelle Stimmung im dritten Quartal 2010 schlecht. Knapp die Hälfte der Werbefirmen meldete sinkende Umsätze und Erträge, ein Viertel berichtete von einem Rückgang der Nachfrage und mehr als zwei Fünftel der Unternehmen haben Personal entlassen. Die Mehrheit der Unternehmen der Werbebranche erwartet für das vierte Quartal 2010 keine Veränderung der Größen Umsatz, Ertrag, Nachfrage und Personal.

Miruna Sarbu, sarbu@zew.de

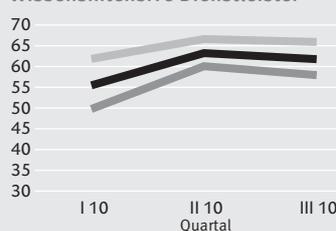
Entwicklung des ZEW-IDI



IKT-Dienstleister



Wissensintensive Dienstleister



Quelle: ZEW/Creditreform

Regionale Transfers der EU und die öffentliche Meinung

Die Kohäsionspolitik der Europäischen Union (EU) dient vornehmlich dazu, regionale Disparitäten innerhalb der Union zu reduzieren. Neben den damit verbundenen Wachstumswirkungen in den geförderten Regionen lässt die politökonomische Theorie jedoch zusätzlich erwarten, dass derartige Regionaltransfers einen positiven Einfluss auf die öffentliche Meinung gegenüber der EU in den finanziell besonders begünstigten Regionen ausüben.

Regionale Transfers in einem föderalen System bedeuten, dass eine höhere Ebene des Systems, beispielsweise die Zentralregierung, über die Verteilung von Mitteln auf die unteren Ebenen entscheiden kann. Das Ziel dieser Transfers kann etwa darin bestehen, benachteiligte Regionen zu fördern oder große Investitionen, wie etwa Infrastrukturprojekte, zu unterstützen. Eine Reihe von theoretischen politökonomischen Modellen lassen jedoch erwarten, dass in Situationen, in denen eine obere politische Ebene einen gewissen Freiraum in der Verteilung von finanziellen Mitteln hat, eine politisch motivierte verzerrte Allokation der Mittel eintreten wird, um bestimmte Gebietskörperschaften aus wahlstrategischen Gründen zu begünstigen.

In der theoretischen Literatur lassen sich zwei Hauptanreize für eine Begünstigung bestimmter Regionen identifizieren. Eine erste Gruppe von Modellen lässt erwarten, dass insbesondere pivotale Wahlkreise begünstigt werden, also solche, die für den Ausgang von Wahlen entscheidend sind. Dieses sind beispielsweise in einem Mehrheitswahlrecht wie in den Vereinigten Staaten die besonders umkämpften Swing States, in einem Verhältniswahlrecht wie in Deutschland sind dies Wahlkreise mit vielen Wechselwählern. Die zweite Klasse von Modellen lässt dagegen insbesondere Transfers in Wahlkreise mit einer bereits bestehenden großen Mehrheit für den Amtsinhaber auf der höheren föderalen Ebene erwarten. Durch die gezielte Begünstigung seiner Kernwähler kann ein Politiker seine Wiederwahlchancen ebenfalls erhöhen, da dies die Wahlbeteiligung seiner Unterstützer steigert. Zahlreiche empirische

Studien belegen den Erklärungsgleichhalt beider Modelle für die Transferallokation.

Reaktion der Bürger

Die genannten politökonomischen Ansätze unterstellen jedoch, dass die Wähler in begünstigten Regionen derartige beabsichtigte Begünstigungen durch regionale Transfers automatisch zur Kenntnis nehmen und ihren „Wohltäter“ schließlich dafür belohnen, was sie in der Regel durch ihr Stimmverhalten bei der anschließenden Wahl zum Ausdruck bringen sollten. Im Gegensatz zu der strategischen Verteilung der Mittel ist die von der Theorie suggerierte Reaktion der Bürger in der empirischen Literatur bisher kaum untersucht worden. Ein Grund dafür dürfte sein, dass derartige Untersuchungen die Wissenschaftler vor schwer zu lösende methodische Probleme stellen. Da die Verteilung der Mittel nicht als zufällig angesehen werden kann, sondern durch die Wiederwahlinteressen des Amtsinhabers verzerrt wird, unterliegen einfache Untersuchungen einem ernsthaften Endogenitätsproblem. In diesem Fall ließe sich der Befund eines positiven Zusammenhangs zwischen Transfers und öffentlicher Unterstützung bei Wahlen durch die strategische Begünstigung derjenigen Regionen mit ohnehin starker Zustimmung erklären.

In diesem Beitrag liegt der Fokus auf der Regionalpolitik der EU als einem speziellen Fall von regionalen Transfers. In diesem Politikbereich treten die europäischen Institutionen, insbesondere die Kommission, gegenüber den Bürgern als Wohltäter auf. Das Hauptziel dieses Politikfeldes besteht zwar in der Verrin-

gerung der ökonomischen Disparitäten zwischen den europäischen Regionen. Jedoch haben die Institutionen in Brüssel augenscheinlich ebenfalls ein großes Interesse daran, die Unterstützung der Bürger für die europäische Integration zu erhöhen, da diese in der Vergangenheit häufig ein Hemmnis für den Integrationsprozess dargestellt hat.

Die europäischen Institutionen sind demnach sehr interessiert daran, die Sichtbarkeit ihres regionalen Engagements aktiv zu befördern. Ein besonders sichtbares Beispiel dafür stellen die strengen Vorschriften für die Kennzeichnung von unterstützten Projekten dar. Dies führt dazu, dass entsprechende Schilder mit den europäischen Symbolen sowie der erhaltenen Fördersumme zahlreich und gut sichtbar in den europäischen Regionen anzutreffen sind. Zudem wird eine aktive Medien- und Pressearbeit vorangetrieben, um die Bürger in den geförderten Regionen über die aus Brüssel erhaltenen Mittel zu informieren. In ihrem Interesse, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, unterscheiden sich die europäischen Institutionen somit gar nicht so sehr von Regierungen einer höheren Ebene in einem nationalen Föderalsystem, die als Wohltäter von regionalen Transfers auftreten, um ihre Wiederwahlchancen zu verbessern.

Die EU-Regionalpolitik bietet noch aus weiteren Gründen einen besonders interessanten Untersuchungsgegenstand für die Analyse eines Popularitätseffekts von regionalen Transfers. Ihr Umfang ist nämlich beträchtlich und bedeutend größer als derjenige nationaler Programme. Im Jahr 2009 betrug ihr Volumen fast 50 Mrd. Euro. Dies entsprach etwa 0,4 v.H. des europäischen Bruttoinlandsproduktes. Die Mittel kamen hauptsächlich den ärmsten europäischen Regionen zu Gute. Insgesamt wurden aber sämtliche europäischen Regionen in unterschiedlicher Höhe an den Transfers beteiligt. Die vorliegende Untersuchung bietet zudem empirische

Tabelle: Informationsquellen

Informationsquelle	Anzahl der Befragten in v.H.	Marginaler Effekt in v.H. (z-Wert in Klammern)
Presse	21	+1,7 (0,86)
TV oder Radio	23	+3,7 (2,26)
Informationsschilder	5	+3,8 (1,34)
Befragter selber Begünstigter	2	+13,1 (2,69)
Befragter kennt Begünstigten	4	-5,3 (1,82)

Gesamte Beobachtungen: 13.607.

Quelle: Eurobarometer

Vorteile gegenüber der Untersuchung nationaler Systeme, da das erwähnte Endogenitätsproblem erheblich abgeschwächt wird. Der Großteil der Transfers wird entsprechend transparenter Kriterien verteilt und es gibt keine Verbindung zwischen der Mittelallokation und wahltaktischen Motiven.

Messung der öffentlichen Unterstützung

Zur Messung der Meinung der Bürger wird eine innovative Strategie gewählt. Das übliche Vorgehen besteht darin, die öffentliche Meinung mittels der Stimmanteile bei Wahlen auf regionaler Ebene zu untersuchen. Im Gegensatz dazu dient die individuelle Äußerung der Zustimmung zur EU aus Meinungsumfragen als abhängige Variable. Im Speziellen verwenden wir die regelmäßige Erhebung von Eurobarometer, bei der mindestens halbjährlich in den Mitgliedstaaten die Bevölkerung repräsentativ unter anderem hinsichtlich ihrer Zustimmung zur EU befragt wird. Diese Datenquelle bietet den Vorteil, für eine Vielzahl weiterer Einflussfaktoren auf die öffentliche Meinung auf der individuellen Ebene zu kontrollieren. Diese weiteren Einflussfaktoren umfassen insbesondere persönliche sozio-ökonomische Charakteristika, wie etwa Bildung, Einkommen, Beruf oder politische Präferenzen.

Empirie

Zudem wird regionalen Faktoren Rechnung getragen, die unter anderem die Arbeitslosenquote, Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen sowie die grenznahe Lage umfassen. Die Untersuchung wird auf die Jahre 1995-99 beschränkt, da nur für

diesen Zeitraum konsistente Daten zu den Ausgaben der EU-Strukturpolitik verfügbar sind. In einem ersten Schritt wird der unmittelbare Einfluss der Förderhöhe auf regionaler Ebene auf die Einstellung der Bürger zur EU untersucht. Die durchschnittliche nationale Pro-Kopf-Förderung variierte im untersuchten Zeitraum zwischen 13 Euro in Dänemark und 244 Euro in Irland. Deutschland lag im Durchschnitt bei 63 Euro, die Transferhöhe unterschied sich jedoch sehr stark zwischen Ostdeutschland (bis zu 243 Euro) und Westdeutschland, wo die meisten Regionen nur minimale Transfers erhielten.

Insgesamt zeigen die Ordered Probit-Schätzungen¹ einen positiven und signifikanten Effekt der Höhe der Transferzahlungen auf die Zustimmung der Bürger zur EU. Quantitativ bedeutet dieser Effekt, dass eine Erhöhung der Pro-Kopf-Transfers in einer Region um 100 Euro pro Jahr die Wahrscheinlichkeit, dass die entsprechenden Bürger die EU positiv beurteilen, um etwa 9 bis 13 v.H. erhöht. Jedoch deuten die Resultate darauf hin, dass die regionalen Transfers eine Spill Over-Wirkung entfalten, also zusätzlich die Meinung der Bürger in den übrigen Regionen eines Landes zumindest teilweise beeinflussen.

In einem zweiten Schritt wird dieser Effekt detaillierter untersucht. Dazu greifen wir auf eine einmalig erhobene Sonderfrage des Eurobarometers zurück, ob sie über die Begünstigung ihres Landes durch die EU-Regionalpolitik informiert sind. Etwa ein Drittel der Befragten bestätigten dieses. Es zeigt sich, dass eine Erhöhung der Transfers um 100 Euro pro Kopf zu einer um etwa 13 v.H. höheren Wahrscheinlichkeit

führt, dass der Befragte über die Begünstigung seines Landes informiert ist. Des Weiteren lässt sich ein sehr heterogener Effekt für verschiedene Bildungsgruppen messen. Befragte mit höherer Schulbildung sind nicht nur generell besser informiert über die Arbeit der Strukturpolitik in ihrem Land, sondern ihr Informationsgrad reagiert zudem stärker auf die Höhe der Begünstigung ihrer Region.

Schließlich untersuchen wir, inwieweit die Einstellung zur EU unmittelbar von dem Wissen über eine Begünstigung durch die Regionalpolitik abhängt. Hier lässt sich ebenfalls ein positiver Zusammenhang bestätigen. Ein Befragter, der sich der Unterstützung seines Landes durch die EU bewusst ist, weist eine 4 v.H. höhere Wahrscheinlichkeit auf, positiv gegenüber der EU eingestellt zu sein. Jedoch zeigen sich deutliche Unterschiede dieses Effekts in Abhängigkeit von der Informationsquelle, welche den Bürger auf die Förderung aufmerksam gemacht hat: Den weitaus stärksten Zustimmungseffekt weisen Befragte auf, die selbst EU-Gelder erhalten (Tabelle), während der Effekt der anderen Informationsquellen quantitativ wesentlich geringer ist. Der negative Effekt für Befragte, die persönlich Empfänger von EU-Transfers kennen, deutet auf einen Missgunsteffekt hin für diejenigen Bürger, die den Eindruck gewinnen, dass lediglich ihre Mitmenschen von regionalen Transfers begünstigt werden.

Schlussfolgerung

Die Untersuchung hat gezeigt, dass sich die regionalen Transfers im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik nicht nur auf ihre makroökonomischen Auswirkungen, also den von ihr erzeugten Wachstumseffekt in den europäischen Regionen, reduzieren lassen. Über diesen hinaus haben sie den aus der Sicht der europäischen Institutionen positiven Nebeneffekt, dass sie die Zustimmung der Bürger zur europäischen Integration erhöhen.

Steffen Osterloh, osterloh@zew.de

Literatur:

Osterloh, S. (2010), Can Regional Transfers Buy Public Support? Evidence from EU Structural Policy, unveröffentlichtes Manuskript, ZEW Mannheim.

¹ Die detaillierten Ergebnisse finden sich in Osterloh (2010).

Preise für Europäische CO₂-Zertifikate und die Realwirtschaft

Der Einfluss der Realwirtschaft auf den Preis für europäische CO₂-Zertifikate stößt seit geraumer Zeit in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf reges Interesse. Aktuelle Forschungsergebnisse des ZEW zeigen nun, dass der CO₂-Zertifikatspreis nicht sehr eng mit der europäischen Realwirtschaft verbunden ist. Wichtige makroökonomische Indikatoren, vor allem die deutsche Industrieproduktion, haben überraschenderweise keinen unmittelbaren Einfluss auf den CO₂-Zertifikatspreis.

Das Europäische Emissionshandelssystem (EU EHS) ist eines der wichtigsten Instrumente der Europäischen Union (EU), um dem Klimawandel zu begegnen. Es wurde 2003 mit dem Ziel ins Leben gerufen, EU-weite Treibhausgasemissionen kostengünstig und effizient zu reduzieren. Das EU EHS ist wesentlich größer und weitaus komplexer als das Emissionshandelssystem für Schwefeldioxid in den Vereinigten Staaten.

Es basiert auf der EU-Richtlinie 2003/87/EG und trat formal im Januar 2005 in Kraft, zehn Jahre nach der Einführung des Emissionshandels in den Vereinigten Staaten. Derzeit erstreckt sich das EU EHS auf alle 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen, Island und Liechtenstein. Es umfasst circa 11.000 industrielle Anlagen und hauptsächlich CO₂-Emissionen in den Sektoren Stromerzeugung, Herstellung und Verarbeitung von Metallen, Mineralien sowie von sonstigen energieintensiven Produkten (bspw. Herstellung von Pulpe und Papier) und dem Luftverkehr (ab 2012).

Funktionsweise des EU EHS

Das EU EHS funktioniert durch Ausgabe einer genau festgelegten Anzahl von CO₂-Zertifikaten, die anschließend frei gehandelt werden. Die Preisbildung erfolgt auf Börsen und im ungeordneten Freiverkehr und sollte in theoretischer Hinsicht von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. So erfolgt bei einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung durch die erhöhte Produktionsleistung ein vermehrter Ausstoß von CO₂. Die Nachfrage nach CO₂-Zertifikaten und damit deren Preis

steigt. Bei einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung erfolgt umgekehrt ein verminderter Ausstoß von CO₂. Demzufolge sollte der CO₂-Zertifikatspreis eng mit der Realwirtschaft verbunden sein. Er sollte unmittelbar auf neueste makroökonomische Entwicklungen reagieren – ähnlich den Preisen in Aktien-, Anleihe- oder Devisenmärkten, die sehr schnell auf neue makroökonomische Daten, Frühindikatoren und andere marktrelevante Ereignisse reagieren. Ob dieser theoretische Zusammenhang tatsächlich in der Praxis beobachtet werden kann, ist Gegen-

stand einer neuen Forschungsarbeit des ZEW (Conrad et al. 2010).

Daten und Vorgehen

Für die Analyse wurden insgesamt 13 regelmäßig publizierte Nachrichten herangezogen, die zwischen November 2006 und März 2009 veröffentlicht wurden. Die Nachrichten umfassen Veröffentlichungen von makroökonomischen Daten, Frühindikatoren sowie regulatorischen Nachrichten, die die Gesamtzahl der Emissionsrechte im EU EHS betreffen. Eine Übersicht über die verwendeten Nachrichten, die Anzahl der Beobachtungen je Nachricht sowie die Quelle der Veröffentlichung ist in Tabelle 1 dargestellt. Die Analyse umfasst europäische sowie US-amerikanische Nachrichten. Die Verwendung von US-amerikanischen Nachrichten er-

Tabelle 1: Verwendete Nachrichten

Nachricht	Beobachtungen	Quelle der Veröffentlichung
Makroökonomische Daten		
DE Industrieproduktion	29	Statistisches Bundesamt Deutschland (Destatis)
EU Industrieproduktion	28	Statistisches Amt der Europäischen Union (Eurostat)
FR Industrieproduktion	29	Institut national de la statistique et des études économiques (INSEE)
GB Industrieproduktion	29	Office for National Statistics (ONS)
US Beschäftigte ex Agrar	29	US Bureau of Labor Statistics (BLS)
Frühindikatoren		
DE Ifo Index	28	ifo Institut für Wirtschaftsforschung
DE ZEW Index	29	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)
EU Verbrauchervertrauen	28	Statistisches Amt der Europäischen Union (Eurostat)
DE Auftragseingänge	29	Deutsche Bundesbank (Buba)
EU Auftragseingänge	28	Statistisches Amt der Europäischen Union (Eurostat)
US Verbraucherstimmung Uni Michigan	29	University of Michigan (UoM)
US ISM Index	29	Institute for Supply Management (ISM)
EU EHS Nachrichten		
EU Nationale Allokationspläne	27	Europäische Kommission (EC)

Tabelle 2: Einfluss der Nachrichten

Nachricht	Einfluss			
	nicht gegeben	schwach	stark	nicht eindeutig
Makroökonomische Nachrichten				
DE Industrieproduktion				✓
EU Industrieproduktion				✓
FR Industrieproduktion	✓			
GB Industrieproduktion	✓			
US Beschäftigte ex Agrar		✓		
Frühindikatoren				
DE Ifo Index	✓			
DE ZEW Index	✓			
EU Verbrauchervertrauen	✓			
DE Auftragseingänge		✓		
EU Auftragseingänge	✓			
US Verbraucherstimmung Uni Michigan	✓			
US ISM Index				✓
EU EHS Nachrichten				
EU Nationale Allokationspläne			✓	

folgte auf Basis früherer Studien, welche zeigen, dass diese Nachrichten in Europa stark beachtet werden, unter anderem weil sie zur Prognose der europäischen Realwirtschaft herangezogen werden können (vgl. dazu Andersson et al. 2009). Die Analyse erfolgte auf Basis hochfrequenter Preisänderungen, das heißt der Einfluss der Nachrichten wurde unmittelbar und minutengenau nach deren Veröffentlichung gemessen. Als Grundlage dienen fraktionell integrierte asymmetrische Power-GARCH Prozesse, die die Preisdynamik sehr gut erfassen. Bei den gemessenen Preisänderungen wurde den Erwartungen der Marktteilnehmer Rechnung getragen. Dieses Vorgehen ermöglicht ein eindeutiges Zuordnen der CO₂-Preisänderungen zur jeweiligen Nachricht.

Ergebnisse

Die Ergebnisse zeigen, dass die CO₂-Zertifikatepreise in erster Linie von regulatorischen Maßnahmen, die das EU EHS direkt betreffen, beeinflusst werden. Ihr Einfluss ist statistisch gesehen robust und stimmt mit den Erwartungen überein. Im Falle der deutschen Industrieproduktion konnte kein Einfluss auf den CO₂-Zertifikatepreis festgestellt werden. Die Preisanpassung im CO₂-Zertifikate-

markt ist un-mittelbar nach ihrer Veröffentlichung entgegen den theoretischen Erwartungen nicht gegeben. Dieses Ergebnis fällt sehr überraschend aus, weil Deutschland überwiegend industriell geprägt und der größte Emittent von CO₂ in Europa ist. Unerwartete CO₂-Zertifikatepreisreaktionen konnten ebenfalls für die gesamteuropäische Industrieproduktion sowie den US ISM Einkaufsmanagerindex festgestellt werden. Wichtige makroökonomische Frühindikatoren wie beispielsweise der ifo- oder der ZEW-Index, die auf Finanzmärkten stark beachtet werden, besitzen ebenfalls keinen messbaren Einfluss auf die CO₂-Zertifikatepreise. Im Gegensatz dazu haben die deutschen Auftragseingänge sowie die Beschäftigtenzahlen außerhalb des Agrarsektors in den Vereinigten Staaten zumindest eine schwache positive Wirkung auf den CO₂-Zertifikatepreis. Demnach steigt der CO₂-Zertifikatepreis leicht an, sobald die Auftragseingänge besser als erwartet ausfallen oder eine Beschäftigung in den Vereinigten Staaten gemeldet wird, die höher als erwartet ausfällt. Alle anderen Nachrichten hatten im untersuchten Zeitraum keinen statistisch greifbaren Effekt auf den CO₂-Zertifikatepreis. Ein Überblick zu den Einflüssen der einzelnen Nachrichten ist in Tabelle 2 gegeben.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die überwiegende Mehrheit untersuchter Nachrichten entweder keinen oder einen nicht eindeutigen Einfluss auf den CO₂-Zertifikatepreis hat. Das gleiche Bild ergibt sich für die Wirkung viel beachteter Frühindikatoren. Einzig die EU EHS-spezifischen Nachrichten haben unter allen betrachteten Nachrichten einen starken und eindeutigen Einfluss auf den CO₂-Zertifikatepreis.

Fazit

Auf Basis dieser Ergebnisse kann keine enge Beziehung zwischen den Preisen für europäische CO₂-Zertifikate und der Realwirtschaft festgestellt werden. Der europäische Emissionshandel funktioniert aus Finanzmarktsicht demzufolge nicht effizient. Dieses Ergebnis ist sehr überraschend, insbesondere weil die betrachteten makroökonomischen Nachrichten sowie Frühindikatoren stets einen starken Effekt auf Preise in anderen Märkten haben, beispielsweise in Aktien-, Anleihe-, und Devisenmärkten.

Die vorgefundene Marktineffizienz könnte in der noch kurzen Geschichte des Marktes liegen, der erst im Jahr 2005 ins Leben gerufen wurde. Die teilnehmenden Unternehmen verfügten in den ersten Jahren nicht unbedingt über notwendige Strukturen sowie die Erfahrung, die eine effiziente Preisfindung erfordert. Im Gegensatz dazu waren Banken und andere Finanzdienstleistungsunternehmen, die in der Regel für die effiziente Preisfindung verantwortlich sind, nicht im EU EHS vertreten. Die vorgefundene Marktineffizienz sollte demgemäß zukünftig des Marktes verschwinden. Es stellt sich die Frage, wie lange ein neuer Markt braucht, um effizient zu funktionieren. Drei Jahre scheinen jedenfalls für das Europäische Emissionshandelsystem nicht ausreichend zu sein.

Waldemar Rotfuß, rotfuss@zew.de

Literatur:

Conrad, C., D. Rittler und W. Rotfuß (2010), Modeling and Explaining the Dynamics of European Union Allowance Prices at High-Frequency, ZEW Discussion Paper No. 10-038, Mannheim.
Andersson, M., L. J. Overby, und S. Sebestyen (2009): "Which News Moves the Euro Area Bond Market?," German Economic Review, 10, 1–31.

Wirtschaftsnobelpreis für Suchtheorie

Im Dezember 2010 ehrt die „Königlich Schwedische Akademie der Wissenschaften“ Peter Diamond (Massachusetts Institute of Technology), Dale Mortensen (Northwestern University) und Christopher Pissarides (London School of Economics and Political Science) für ihre grundlegenden Arbeiten zu Suchmärkten mit dem „Preis für Wirtschaftswissenschaften der schwedischen Reichsbank in Gedenken an Alfred Nobel“. Die Preisträger entwickelten ein Ansatz, mit dessen Hilfe Arbeitsmärkte und deren Interaktion mit institutionellen Rahmenbedingungen untersucht werden können.

Der vorliegende Artikel stellt die Grundzüge von Suchmärkten und die mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Analyse vor. Zwar kommt die Methode heute in vielerlei Bereichen, von Kreditmärkten bis hin zu Arbeitsmärkten, zur Anwendung, der Fokus dieses Artikels liegt jedoch auf dem Arbeitsmarkt, für den die Methode originär entwickelt wurde.

Bis in die 70er Jahre hinein dominierte das neoklassische Arbeitsmarktmodell die ökonomische Literatur. Dieses Modell beruht auf der Annahme, dass sich Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage auf kompetitiven Märkten treffen. Lohnanpassungen sorgen dafür, dass im Gleichgewicht Angebot und Nachfrage übereinstimmen. Alle Haushalte, die bereit sind, zum Gleichgewichtslohnsatz zu arbeiten, finden in dieser ursprünglichen Fassung des Modells unmittelbar eine Beschäftigung. Haushalte mit Lohnforderungen oberhalb des Gleichgewichtslohns, sind nicht bereit, eine Arbeit aufzunehmen und werden somit per Definition nicht zur Erwerbsbevölkerung gezählt. Im Modell gibt es demnach Vollbeschäftigung in dem Sinne, dass jeder, der arbeiten möchte, einen Arbeitsplatz findet.

Suchmärkte

Angesichts der zu Beginn der 70er Jahre steigenden Arbeitslosenquote in den westlichen Industrieländern wurden Erweiterungen und Revisionen des neoklassischen Arbeitsmarktmodell unumgänglich. Auf Basis der essentiellen Vorarbeiten von Diamond wurden Mortensen und Pissarides die Protagonisten einer Neuformulierung des Arbeitsmarktmodells, das seit nunmehr

25 Jahren den dominierenden Analyse- und Modellierungsrahmen der modernen Arbeitsmarktökonomik bildet.

Um Arbeitslosigkeit erklären und analysieren zu können, müssen die in der Realität beobachteten Arbeitsmarktfriktionen berücksichtigt werden. Während die Einführung von Lohnrigiditäten aufgrund einer Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer, gesetzlichen Mindestlohnvorschriften oder Effizienzlohnüberlegungen Arbeitslosigkeit noch innerhalb des neoklassischen Modellrahmens erklären kann, geht die suchtheoretische Literatur darüber hinaus. Sie betont, dass die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz zeit- und kostenintensiv ist. Dies liegt vor allem daran, dass die von den Arbeitslosen angebotenen Qualifikationen in räumlicher und zeitlicher Dimension mit den von den Unternehmen nachgefragten Qualifikationen übereinstimmen müssen. Des Weiteren benötigen sowohl Haushalte, die Arbeit suchen, als auch Unternehmen, die Arbeit anbieten, Zeit, Informationen zu beschaffen und zu verarbeiten. Die unmittelbare Übereinstimmung von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage, wie sie im neoklassischen Arbeitsmarktmodell unterstellt wird, findet nicht statt, wenn dynamische Friktionen vorliegen.

Die formale Darstellung des grundlegenden Suchmodells verdeutlicht die Folgen von zeitintensiven Suchprozessen auf dem Arbeitsmarkt für die Arbeitslosigkeit. Die Erwerbsbevölkerung setzt sich aus den Erwerbstätigen und den Arbeitslosen zusammen. Bezeichnet man den Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung mit u , so ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Erwerbsbevölkerung $(1-u)$. Infolge der Annahme eines sukzessiven sektoralen

und strukturellen Wandels verliert ein Anteil s der Erwerbstätigen innerhalb eines Monats seine Arbeit. Im Gegensatz dazu ist die Suche eines Anteils f der Arbeitslosen innerhalb eines Monats erfolgreich. Die Übergangswahrscheinlichkeit f bildet die dynamischen Arbeitsmarktfriktionen ab, ohne dass diese explizit modelliert werden. Im Gleichgewicht muss die Anzahl der Haushalte, die innerhalb eines Monats ihre Arbeitsstelle verliert, $s \cdot (1-u)$, gleich der Anzahl der Haushalte sein, die eine neue Anstellung findet, $f \cdot u$. Im Gleichgewicht führt dies zu

$$u = \frac{s}{s+f}$$

Die gleichgewichtige (strukturelle) Arbeitslosigkeit wird demnach ausschließlich durch die Übergangswahrscheinlichkeiten erklärt. Je höher die Separationsrate s und je niedriger die Übergangswahrscheinlichkeit f , desto höher ist die strukturelle Arbeitslosigkeit. Angesichts der zentralen Rolle der Übergangswahrscheinlichkeiten stellen sich Mortensen und Pissarides die Frage, was die Übergangswahrscheinlichkeit determiniert und wie diese von makroökonomischen Rahmenbedingungen und den individuellen Optimierungsentscheidungen der Haushalte und der Unternehmen abhängen.

Die Matching Technologie

Im Zentrum der suchtheoretischen Überlegungen von Mortensen und Pissarides steht die sogenannte *Matching Technologie*, die angibt, wie viele Arbeitslose innerhalb eines Monats eine Arbeitsstelle finden, respektive wie viele offene Stellen mit einem Arbeitssuchenden besetzt werden. Je mehr offene Stellen zur Verfügung stehen, desto leichter fällt es den Arbeitssuchenden, eine neue Anstellung zu finden. Im Gegensatz dazu wird es für die Unternehmen einfacher eine Stelle zu besetzen, wenn die Anzahl an Arbeitssuchenden hoch ist.

Auf Basis dieser Überlegung wird die *Matching Technologie* $M(U,V)$ als zunehmende Funktion der Anzahl an

Arbeitssuchenden U und der Anzahl an offenen Stellen V definiert.

Setzt man die Anzahl an Arbeitslosen, die innerhalb eines Monats eine Anstellung finden, in Relation zur Gesamtzahl an Arbeitssuchenden, so erhält man die Übergangswahrscheinlichkeit $f=M(U,V)/U$. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Unternehmen eine ausgeschriebene Stelle besetzen kann, ergibt sich analog als $M(U,V)/V$.

eine einfache Möglichkeit zur mathematischen Modellierung dynamischer Arbeitsmarktfriktionen verstanden werden. Welche funktionale Form die Arbeitsmarktfriktionen hinreichend präzise abbildet, wurde in der Literatur ausgiebig diskutiert. Darüber hinaus wurde gezeigt, dass die funktionale Form der *Matching Technologie* über Standardargumente der Kombinatorik und Mikroökonomik hergeleitet werden kann und

die Separationsrate erhöhen, was einen weiteren erhöhenden Effekt auf die Arbeitslosenquote ausübt. Folglich geht in einer Rezession eine niedrige Anzahl an Vakanzen mit einer hohen Anzahl an Arbeitslosen einher. Im Gegensatz dazu sind in einer Boomphase wenige Arbeitslose zur Verfügung mit gleichzeitig hoher Anzahl an ausgeschriebenen Stellen. Dieser negative Zusammenhang zwischen offenen Stellen und Arbeitssuchenden wird als „Beveridge-Kurve“ bezeichnet und ist für Deutschland in Abbildung 1 dargestellt. Bis Mitte der achtziger Jahre erscheint dieser Zusammenhang der Beveridge-Kurve sehr stabil. Insbesondere die Wiedervereinigung hat fundamentale Strukturparameter der deutschen Ökonomie und des deutschen Arbeitsmarktes geändert und eine Verschiebung der Beveridge-Kurve nach außen verursacht.

Zudem eignet sich die Modellklasse von Mortensen und Pissarides, den Effekt von Arbeitsmarktinstitutionen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu analysieren. Exemplarisch wird die Diskussion im Folgenden auf die Verhandlungsmacht durch starke Gewerkschaften sowie hohe Arbeitslosenversicherungsleistungen beschränkt.

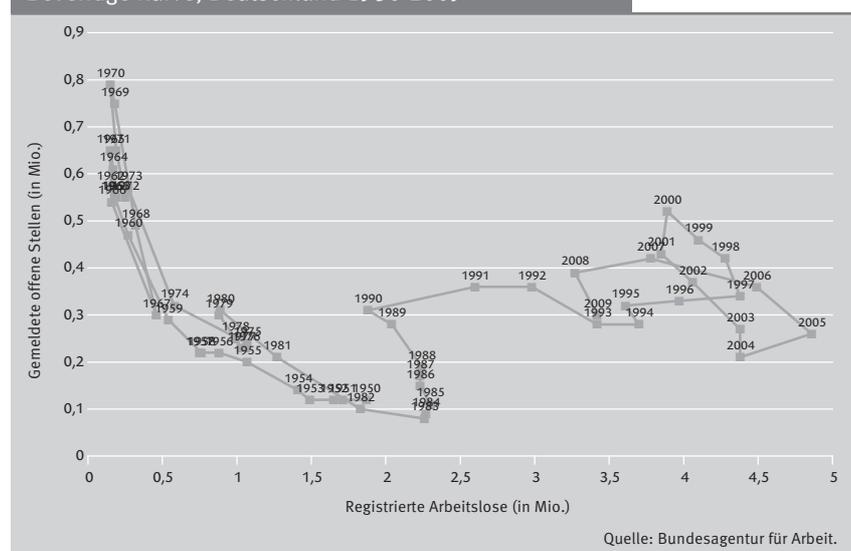
Steigt die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer infolge einer verstärkten Koordination durch Arbeitnehmervertretungen, so können höhere Lohnabschlüsse durchgesetzt werden. Damit sinkt der erwartete Nutzen einer offenen Stelle, weshalb die Unternehmen die Anzahl an ausgeschriebenen Stellen reduzieren werden. Dies bedeutet wiederum, dass die Erfolgswahrscheinlichkeit eines Arbeitssuchenden abnimmt und letztlich die Arbeitslosenquote zunimmt. Steigt dagegen die Arbeitslosenversicherungsleistung, wird implizit die Verhandlungsposition der Arbeitssuchenden gestärkt, da sie es sich nun eher leisten können, einen weiteren Monat arbeitslos zu sein. Mit einer auf diese Weise gestiegenen Verhandlungsmacht nehmen, wie bereits dargelegt, die Löhne und damit die Arbeitslosenquote zu.

Martin Scheffel, scheffel@zew.de

Literatur:

Mortensen, Dale T./Pissarides, Christopher A. 1994 : Job Creation and Job Destruction in Theory of Unemployment, in : Review of Economic Studies, Vol. 61 (3), pp. 397-415.

Beveridge Kurve, Deutschland 1950-2009



Stellenausschreibungen sind für Unternehmen mit Kosten verbunden. Übersteigt der erwartete Nutzen der Besetzung einer offenen Stelle deren Kosten, so wird das Unternehmen diese Stelle ausschreiben. Die Anzahl an Vakanzen erhöht sich und infolge dessen sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass das Unternehmen eine bestimmte offene Stelle mit einem geeignet qualifizierten Arbeitssuchenden füllen kann. Je geringer die Erfolgsaussichten, eine offene Stelle zu besetzen, desto geringer der erwartete Nutzen. Setzt man diese Argumentation fort, dann werden Unternehmen solange Stellen ausschreiben, bis der erwartete Grenznutzen einer offenen Stelle den Grenzkosten entspricht. Mit der optimalen Anzahl offener Stellen ist ebenfalls die Erfolgswahrscheinlichkeit eines Arbeitssuchenden und somit eine zentrale Bestimmungsgröße der gleichgewichtigen Arbeitslosenquote determiniert.

Aufgrund des direkten Zusammenhangs zwischen der Erfolgswahrscheinlichkeit eines Arbeitssuchenden und der *Matching Technologie* kann letztere als

somit neben der empirischen Unterstützung eine theoretische Fundierung erfährt. Strittig ist jedoch, ob die Suchtheorie die Arbeitslosigkeit tatsächlich erklärt, da die Friktionen lediglich angenommen und aus dem Modell heraus entwickelt werden.

Implikationen der Suchtheorie

Die Suchtheorie bietet einen fundierten theoretischen Erklärungsrahmen für die Arbeitsmarktdynamik über den Konjunkturzyklus. Während einer Rezession nimmt die Produktivität und somit der erwartete Nutzen einer offenen Stelle ab. Unternehmen reagieren darauf, indem sie weniger Stellen ausschreiben, sodass die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Arbeitssuchender eine Arbeit findet, sinkt. Für sich genommen führt dies schon zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote. Darüber hinaus werden in Rezessionen im Zug der Marktberäumung ineffiziente und nicht mehr wettbewerbsfähige Unternehmen aus dem Markt ausscheiden und damit zusätzlich

Wirtschaftliche Kohäsion in der Europäischen Union

Der kürzlich erschienene Kohäsionsbericht der Europäischen Union definiert die Ziele und Prioritäten der europäischen Regionalpolitik neu. Im Folgenden soll ein kurzer Überblick gegeben werden, welche Punkte aus Sicht der Europäischen Kommission an Bedeutung gewinnen sollen und wie eine effizientere Nutzung der finanziellen Mittel durchgesetzt werden soll.

Die Förderung der Kohäsion ist ein fundamentales Prinzip der Europäischen Union. Ziel ist es, die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit zwischen den Regionen Europas zu reduzieren, um so die Einheit der Union zu stabilisieren und zu stärken. Der Rückgang des Variationskoeffizienten, also der Standardabweichung dividiert durch den Mittelwert, des Pro-Kopf-Einkommens der europäischen Regionen von 42,7 1995 auf 39,1 2007 verdeutlicht einen deutlichen Konvergenztrend. Allerdings hat der Konvergenzprozess nicht alle Regionen gleichermaßen betroffen. So zeigt sich insbesondere zwischen ländlichen und urbanen Regionen teilweise eine Zunahme der Divergenz. Es besteht also weiterhin Bedarf an einer konsequenten Kohäsionspolitik. Die finanziellen Mittel, die dazu genutzt werden können, sind erheblich. So stehen in der Förderperiode von 2007 bis 2013 insgesamt 347 Milliarden Euro zur Verfügung. Für die kommende Förderperiode von 2014 bis 2020 könnte der Betrag unter Umständen noch weiter zunehmen. Allerdings sind die Verhandlungen darüber bisher noch nicht geführt worden.

Die Zukunft der Kohäsionspolitik soll sich, zumindest für die nächste Förderperiode von 2014 bis 2020, eng an den drei im Europa 2020-Strategiepapier der

Europäischen Union festgelegten Prioritäten orientieren. Diese sind intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Um eine effiziente Nutzung der finanziellen Ressourcen der Kohäsionspolitik zu gewährleisten, ist eine enge Verzahnung der Maßnahmen der Kohäsionspolitik mit denen der Wachstumspolitik zur Erreichung der strategischen Ziele der Länder und Regionen der Europäischen Union unverzichtbar.

Konkrete Punkte, die in der Kohäsionspolitik prioritär behandelt werden, betreffen die effizientere Verteilung und Nutzung der Mittel sowie die ex post Evaluation der Mittelverwendung, die verbesserte Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Interessengruppen der Kohäsionspolitik wie zum Beispiel lokale, regionale sowie nationale Verwaltungen, sowie die Vereinfachung des Bewerbungsprozesses um Mittel aus dem Kohäsionsfonds. Demnach fokussiert sich die Kohäsionspolitik weniger direkt auf einzelne Faktoren wie zum Beispiel der Begegnung des demografischen oder des Klimawandels, sondern definiert die Mittelzuweisung im Wesentlichen indirekt über die enge Verknüpfung an die bereits genannten drei strategischen Ziele der Europäischen Union. Im Zentrum steht damit die effi-

zientere und flexiblere Nutzung der finanziellen Mittel im Vergleich zur letzten Förderperiode in der Form, dass eine Unterstützung sich speziell an den spezifischen Anforderungen und Notwendigkeiten einer Region orientiert.

Damit will die Europäische Kommission einem wesentlichen Kritikpunkt begegnen, nämlich der unzureichend geplanten und kontrollierten Mittelvergabe. Diese Kritik ist aus der Ergebnisbeurteilung der letzten Förderperiode heraus entstanden und betrifft unter anderem die Mittelvergabe an förderfähige Regionen ohne geeignete Fokussierung auf die Bedürfnisse der Regionen sowie ohne angemessene Ergebnisevaluation, um eventuelle Sanktionen durchzusetzen. Insbesondere die Möglichkeit der Sanktionierung sowie der Anreizbildung soll in Zukunft eine nicht unbedeutende Rolle spielen. So wird die Mittelvergabe teilweise an Reformen geknüpft, die ein Land nach Meinung der Europäischen Union durchführen sollte, damit die Wirkung der Kohäsionsmaßnahmen voll zum Tragen kommen kann. Beispiele hierfür sind die Erfüllung von Umweltvorgaben, Verbesserung der Bildungs- und Innovationsbedingungen, oder der Abbau administrativer Hürden. Die Vergabe der Mittel wird somit von der Erfüllung gewisser Vorgaben abhängig gemacht und die Auszahlung kann, bei Nichterfüllung der Vorgaben oder bei unzureichender Umsetzung der durch EU-Mittel finanzierten Projekte, verweigert werden.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, erscheint vierteljährlich.

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (kaufmännischer Direktor)

Redaktion: Claudia Busl, Telefon 0621/1235-336, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: busl@zew.de
Dr. Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: kappler@zew.de
Andreas Sachs, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: sachs@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010